

Frankreich runderneuert? Im Atombereich: Uralt-Politik

Atom-Präsident, Atom-Premier, U-Minister atomgesponsert

Um den neuen französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron herum findet man Atomgegner/innen wie die grün-liberale Corinne Lepage, die als Anwältin zur Schließung des Schnellen Brüters

Superphénix beitrug, Umweltministerin war und mit vernichtenden Büchern über den Atomstaat Frankreich eine beachtliche Leserschaft erreicht hat. Oder Barbara Pompili und François de Rugy, ehemalige Spitzenleute von EuropeEcologie-Die Grünen. Aber auch eingefleischteste Atomenergieverfechter wie ex-Minister Alain Madelin (ex-UMP, rechtskonservativ) und den sozialistischen Langzeitabgeordneten Christian Bataille, der etwa über den Vorsitz in Wissenschaftsausschüssen des Parlaments mit dem nach ihm benannten Gesetz (*loi Bataille*) die Gewaltlösungen für das Atom-müllproblem durchzusetzen geholfen hat, allen voran das Endlager für hochradioaktive Abfälle am Standort Bure in Ostfrankreich. Einer der engsten Vertrauten Macrons ist auch Yves Le Drian, ein absoluter Verfechter der französischen Atombewaffnung (*force de frappe*) und als Verteidigungsminister unter dem sozialistischen Präsidenten Hollande gerühmt für die kolossalen Waffenexportverträge, die er von Indien, Ägypten und anderswo heimbrachte.



Frankreichs neue Regierungsspitze: der ex-Konservative Edouard PHILIPPE als Premierminister, Staatspräsident Emmanuel MACRON, und darunter Umwelt- und Energieminister Nicolas HULOT, Öko-Galionsfigur.





Nicht einmal dieses energiepolitische Minimalversprechen hat Präsident François Hollande gehalten: Frankreichs ältesten und immer wieder von Problemen geplagten Atommeiler zu schließen, Fessenheim-1 am Rhein. Das Hin und Her unter ihm und seiner Regierung: „Dieses Kraftwerk wird (nicht) geschlossen...vielleicht eines Tages...(muß man abwarten)...“, gezeichnet per Logo vom damaligen Regierungsbündnis: EELV (Europe-Ecologie-Die Grünen) und PS (Parti socialiste). Und Hollande findet: „Wenigstens ist das jetzt für jedermann klar!“

Und Macron selbst?

Atom-Präsident Macron

REM, das Kürzel für Emmanuel Macrons Partei La République en Marche, wenn das kein Omen ist! REM, jahrzehntelang die Abkürzung für die Einheit der biologischen Strahlenbelastung! „Spaß“ beiseite – dieser Zufall will natürlich nichts heißen. Im REM-Wahlprogramm bleibt Macron beim Nach-Fukushima-Ziel seines Vorgängers François Hollande, den nuklearen Anteil an der Stromproduktion von gut 75% bis 2025 auf 50% zu reduzieren, unmittelbar aber höchstens den Altmeiler des AKW Fessenheim

im Elsaß zu schließen, schon von Hollande zur unendlichen Geschichte verschleppt.

Es ist an die Rede zu erinnern, die er am 28. Juni 2016 als Wirtschaftsminister der sozialistischen Regierung unter Präsident Hollande gehalten hat: „Frankreich glaubt an die Kernenergie (...). Ein Kernenergiestopp ist keine Zukunftsoption. Ein solcher würde nicht unseren Zielen zur CO₂-Reduzierung entsprechen.“ Ähnlich in einem Wahlkampfauftritt am 13. April 2017: „Wenn ich gewählt werde, schließe ich Fessenheim. (...) Ich verteidige aber voll und ganz die Kernenergie, weil ich nicht Kohlekraftwerke wieder in Betrieb nehmen werde, wie es in Deutschland geschieht.“

Womit auch Macron, so das alternative Monatsmagazin Silence in seiner Juni-Ausgabe, die in Frankreich „ununterbrochen getrommelte Mär verbreitet, der deutsche Atomausstieg gehe einher mit einem verstärkten Einsatz der Kohle. Dabei wurden zwischen 2011 und 2015 laut Regierungszahlen 34 Kohlemeiler stillgelegt, und die Schließung weiterer 11 bis 2019 ist geplant.“

Der sonst so rationelle, nüchtern überlegende Macron verteidigt auch, wie schon als Minister unter Hollande, mit Zähnen und Klauen den Hochkosten-Neubau Hinkley Point C durch Electricité de France (EDF), gegen dessen Subventionierung Österreichs Klage beim EUGH läuft. Nun, den aufs fast Dreifache erhöhten Kilowattstundenpreis werden ja im wesentlichen auch die Briten, als Steuerzahler und Stromkunden, zahlen!... Macron hält auch an der risikoreichen Laufzeitverlängerung der französischen Atommeiler auf 50 Jahre fest, wie auch an der Neuauflage des Schnellen Brütters als „Generation-IV“-Reaktortechnologie unter dem Namen ASTRID. Und am bisher mit allen Mitteln, etwa unter Ignorierung starker geologischer Bedenken, weitergetriebenen Vorhaben eines Tiefenlagers für die abgebrannten Brennelemente in Bure (Nordostfrankreich).

15 Milliarden Euro will der neue Präsident von Frankreich und der Partei En Marche! („in Bewegung! Los, Marsch!“), wie im Energiewendegesetz der Vorregierung, in Erneuerbare und Energieeffizienz investieren. Immerhin.

Am ehesten resümiert wohl ein ungenannter Experte in Le Figaro vom 16. Mai 2017 Macrons atompolitische Leitlinie: „Er macht, was zur Stützung des Nuklearsektors erforderlich ist, ohne dabei die Ökos zu provozieren.“



PLATTFORM NEWS

IMPRESSUM

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. **Redaktion:** Heinz Stockinger, Julia Bohnert, Gerhild Kremsmair, Peter Machart, Thomas Neff. **Vereinsadresse, Redaktion:** 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567.

Bürozeiten: Mo-Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr, e-mail: info@plage.at – www.plage.at

Blattlinie: Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen.

Herstellung: Salzkammergut-Media, Gmunden



SAGER

„Er tut das Nötige für den Atomsektor, ohne...“

...ohne die Ökos zu provozieren.“ – So schätzt laut Wirtschaftsteil des Figaro vom 16.5.2017 ein nicht namentlich genannter „Experte des Sektors“ die Grundlinie von Präsident Macron ein.

VERSAGER



„Das Beunruhigende an dieser Laufzeitverlängerung...“

...vieler alter französischer Atomkraftwerke „ist, daß sie in komplettem Widerspruch zu den Zielen“ des Energiewendegesetzes steht. „Um EDF zu retten, ist der Staat bereit, die Belastung durch einen Atomunfall den Steuerzahlern aufzuhalsen“, kritisierte die grüne Europaabgeordnete Michèle RIVASI, die als Biologin 1986 die unabhängige Strahlenkommission CRI-IRAD gegründet hat und sich u.a. mit einem großen Bericht über die Entsorgungsproblematik für die französische Nationalversammlung einen Namen gemacht hat.

(Quelle: Dernières Nouvelles d'Alsace, 2.3.2016)

Atom-Premier Philippe, beteiligt an der Uranplünderung im Niger

Der von Macron ernannte Premierminister Edouard Philippe ist vielleicht atomproblematischer als der Staatspräsident selbst. Intellektuell brillant wie Emmanuel Macron, doch wenn es um Frankreichs nuklearen Graal geht, von der gleichen Eliten-Blindheit geschlagen, in der jeder jeden in der immer gleichen Illusion bestätigt.

„Edouard Philippe ist ganz und gar nicht die ‚moderate‘ Persönlichkeit, als die die Macron-PR ihn inszeniert,“ geht das kritische Observatoire du Nucléaire (15.5.2017) auf Angriff. „Im Gegenteil, Philippes Hände sind sehr schmutzig, oder genauer... radioaktiv. Während er für den multinationalen Atomkonzern AREVA arbeitete, beteiligte er sich nämlich an zwielichtigen Machenschaften hinter den Kulissen der Uranwirtschaft in der Françafrique (ex-Kolonialafrika Frankreichs, wo mit französischem Geld und Militär protegierte Korruptionsregime die Fortdauer des Einflusses der Grande Nation sichern – Anm. PLAGE).“ Im Oktober 2007 wurde Philippe PR-Direktor bei AREVA. Seine Haupttätigkeit in dieser Funktion ist es, sich der Kollaboration von Parlamentsabgeordneten zu versichern, die als Atomlobbyisten fungieren. So ist er etwa mit dem Abge-

ordneten Marc Vampa auf Du und Du, der auch Vorsitzender des Parlamentarier-Freundeskreises Frankreich-Niger ist. DIE gemeinsame Materie zwischen Frankreich und dem Sahel-Staat Niger ist dessen von AREVA gefördertes... Uran!

Genau in dieser Zeit, am 13. Jänner 2008, wird zwischen AREVA und der Regierung Nigers ein neuer Vertrag über den Uranabbau geschlossen. Gegen dieses Abkommen erhebt augenblicklich das Mouvement des Nigériens pour la justice seine Stimme. Die mageren Einkünfte aus dem geförderten Uran – für welches AREVA seit Jahrzehnten einen Spottpreis zahlt – kommen in keiner Weise der Bevölkerung und noch weniger den Tuareg zugute, während der Uranabbau just in deren traditionellem Stammesgebiet stattfindet.

In einem gewissen Maß haben daher die Machenschaften Edouard Philippes im Hintergrund mit hoher Wahrscheinlichkeit zu den schweren Unruhen beigetragen, die sich in der Folge in der Sahelzone (Niger und Mali) zugetragen haben. Und dazu, daß Gruppen der Tuareg unter dem Druck des Elends sich schließlich dschihadistischen Bewegungen angeschlossen.

Als Premier wird Philippe die Baubewilligung für Frankreichs Endlager CIGéo unterzeichnen!

Das Endlager für die hochradioaktiven AKW-Abfälle, die abgebrannten Brennelemente, zu errichten, ist selbst in Frankreich ein äußerst heikles Vorhaben. Und zentral für die Atomwirtschaft – auch über Frankreich hinaus –, weil sie sich vom Bestehen einer Endlagerstätte einen Anstieg der Akzeptanz bei der Bevölkerung erhofft. Nach dem noch erforderlichen Instanzenzug, der in üblicher Manier ohne viel Federlesens mit Schein-Beteiligung der Öffentlichkeit durchgezogen werden dürfte, würde die Errichtungsgenehmigung für „CIGéo“ Ende 2021 vom Premierminister unterzeichnet. Also unter der nun angetretenen Macron-Philippe-Regierung. („CIGéo“ = Centre industriel de stockage géologique, wörtlich also „Industriezentrum für geologische Lagerung“. D.h. Tiefenlagerung, aber ohne eine Erwähnung von „Abfällen“ oder gar „Atom/Nuklear“.)



Le Canard Enchaîné, Mai 2017



Nicolas Hulot, „nützlicher Idiot“ einer total pronuklearen Regierung? Nichts aus der Farce des „Grenelle de l'environnement“ gelernt?

Mit Riesenpomp wurde 2007 vom damals frisch gewählten Hansdampf in allen Gassen Nicolas Sarkozy die Serie der Grenelle-Umweltgipfel angekündigt, als würde unter ihm Frankreich nun die ökologische Vorreiterin der Welt schlechthin. Denn Umweltschutz hatte im Land gerade Konjunktur. Desgleichen in der Welt, aufgrund der Klimawandeldynamik. Alle „Stakeholder“ waren dazu geladen – mit einer Ausnahme: die Atomgegnerverbände. Der Reihe nach aber zerbröselten die hehren Anfangsziele unter der Rückgratlosigkeit der Regierung Sarkozy-Fillon. 2010 stieg denn auch der Moderator der überaus populären TV-Umweltsendung „Ushuaia“, Nicolas Hulot, mit seiner Stiftung frustriert aus den Grenelle-Verhandlungen aus. Zehn Jahre später wird die Galionsfigur der braven Umweltorganisationen neuerlich einem Staatspräsidenten als Feigenblatt dienen, dessen Handlungen und Absichten eindeutig sind: „Ja zum AKW-Projekt Hinkley Point, Genehmigungen für die Suche nach Schiefergas, äußerst günstige Verträge für die Autobahnbetreiber, Anreize für (Gold- u.a.) Abbau in Guyana, weitere gesetzliche Wegebahnung für das Atommüll-Endlager in Bure, weitere Industrialisierung der Landwirtschaft“ u.a.m., laut Reporterre vom 9.5.2017.

„Keinesfalls wird Hulot der Atomindustrie Angst einjagen, gegen die er nie auch nur den kleinen Finger erhoben hat,“ erwartet völlig illusionslos das Observatoire du nucléaire (18.5.2017): Er habe sich stets mit beschwichtigenden Aussagen begnügt wie ‚Die Kernenergie ist längerfristig keine Lösung.‘ Dieses „längerfristig“ tut dem Hauptsponsor von Hulots Umweltstiftung (Fondation Hulot), Electricité de France (EDF), dem größten AKW-Betreiber der Welt, nicht weh.

„Im Gegenteil,“ ist sich Stéphane Lhomme vom Observatoire du nucléaire sicher. „Hulot wird die denkbar irrste Entscheidung mittragen, nämlich die Tauglichkeitserklärung der obersten Atomaufsicht (Autorité de Sûreté nucléaire / ASN) für den Druckkessel des im normannischen Flamanville in Bau befindlichen Meilers Nr. 3 erteilen, den der Reaktorbauer AREVA derart verpfuscht hat, daß selbst EDF für international geplante Reaktoren auf absehbare Zeit die Druckgefäße nicht von AREVA beziehen will. Doch für Flamanville soll der AREVA-Reaktorkessel gut genug sein, und der Druck auf die Atomaufsichtsbehörde ist übermächtig, dafür nach den monatelangen Überprüfungen der übermäßigen Kohlenstoffeinschlüsse im Stahl usw grünes Licht zu geben. Denn

er ist bereits fix in tausende Tonnen Beton eingebaut, hunderte Millionen Euro würde es kosten, ihn aus dem Betonbett herauszuoperieren und durch einen neuen zu ersetzen. Von der nach bereits vielen Pannen und Verzögerungen erneut in die Ferne rückenden Inbetriebnahme zu schweigen.

Hulots Feigenblatt-Rolle als Macrons und Philippes Umweltminister wird wohl verkauft werden wie folgt: „Da die ASN der Ansicht ist, der Druckkessel des neuen EPR-Reaktors in Flamanville sei betriebstauglich, besteht kein Grund, sich dem in den Weg zu stellen.“

Ebenso ist zu erwarten, daß Macrons Öko-Aushängeschild die von EDF für -zig alternde Reaktoren beantragte Laufzeitverlängerung auf 50 Jahre (statt ursprünglich 30, dann 40) hinnimmt.



„Nicolas Hulot, der Freund von EDF und von dessen AKWs.“ Seit Jahren ist der größte AKW-Betreiber der Welt unter den Hauptsponsoren der Fondation Hulot, der Umweltstiftung des TV-Öko-Stars.

Die „strenge“ Atomaufsichtsbehörde ASN...

Von seiten des Staates und der Atomindustrie ist in der Öffentlichkeit das Bild geschaffen worden, Frankreichs Autorité de Sûreté nucléaire (ASN) übe eine geradezu unangenehm strenge Aufsicht über die Sicherheit der französischen Atomanlagen aus. Und erteile nach Pannen oder bekanntgewordenen Fabrikations- oder Baufehlern nur nach deren völliger Behebung die Bewilligung zur (Wieder-)Inbetriebnahme. Im Falle des seit Jahren in Flamanville in Bau befindlichen „fortschrittlichen“ EPR-Reaktors beweise die von der ASN eingebrachte Anzeige wegen der in der AREVA-Fabrik in Le Creusot hergestellten fehlerhaften Reaktorbestandteile die Unbeugsamkeit und rigorose Strenge der obersten Atomsicherheitsbehörde.

Um dieses Bild von den unnachgiebigen Prüfern der ASN aufrechtzuerhalten, muß man jedoch verschleiern – etwa in den großen Medien –, daß es das Observatoire du nucléaire war, das bereits ein halbes Jahr vor der ASN¹ Anzeige gegen AREVA erstattet und die Justiz zur Einleitung einer Voruntersuchung veranlaßt hatte. Erst in der Folge hat sich die ASN dieser Anzeige angeschlossen und so versucht, sich als Anklägerin zu positionieren, während sie in Wirklichkeit zu den Schuldigen zählt.

1) Vgl. AFP-Depesche <http://bit.ly/2oFE3XX/> – 2) Vgl. <http://www.observatoire-du-nucleaire.org/spip.php?article326>



Atomkraft in Frankreich:

Neuer Umweltminister Hulot im Originalton

Wochenmagazin L'Obs (12.5.2016): Nicolas Hulot, Sie sind der Ansicht, daß die Zeit der Kernenergie vorüber ist (...)

Nicolas Hulot: Ich habe diesbezüglich einen Lernprozeß hinter mir. Lange meinte ich, in einem politisch und wirtschaftlich stabilen Land sei die Nuklearenergie akzeptabel. Doch entsprach das nie meiner Vorstellung von nachhaltiger Entwicklung, weil das immerhin darauf hinausläuft, eben mit dieser langfristigen Stabilität zu spekulieren. Und aktuell merkt man ja, daß nichts garantierten Bestand hat... Und dann sind da die Abfälle, die wir den kommenden Generationen hinterlassen.

Die Ereignisse der jüngeren Vergangenheit haben mich endgültig überzeugt, daß die Kernenergie keine Lösung ist. Fukushima, klarerweise, das gezeigt hat, daß ein für absolut unwahrscheinlich gehaltenes Szenario eingetreten ist. Tschernobyl, das laut Behördenangaben seit 30 Jahren 100.000 Todesfälle verursacht hat.

Im übrigen hat man uns lange gesagt, die Kernenergie sei das Allheilmittel in wirtschaftlicher Hinsicht. Doch der finanzielle Abgrund der neuen Reaktorgeneration und unsere Unfähigkeit, ausreichend Mittel für die Abwrackung der Kraftwerke anzulegen, belegen das Gegenteil. Der beste Dienst, den man einem Land erweisen kann, ist, es zur Energieautonomie zu führen. Nun aber ist man nicht autonom, wenn man die Kernenergie nutzt: Man ist technologisch abhängig, aber auch von den Grundstoffen, die man halt selten im eigenen Land hat. (Anspielung auf Frankreichs Abhängigkeit vom Uran aus Afrika, Kanada, Australien... - Anm. PLAGE.)



„Und ich glaubte, der EPR wird nur mit Uran gefüttert!“ Tja, und in Wirklichkeit füttert man ihn vor allem mit... Milliarden! (Quelle: L'Observatoire du nucléaire, 6.3.2017) - * European Pressurized Reactor / Europäischer Druckwasserreaktor. „Europäisch“, weil mit SIEMENS und AREVA bis zum Ausstieg der deutschen Konzerns aus dem Atomgeschäft - Jahre vor dem Ausstieg Deutschlands 2011 - die zwei damals noch übrigen westeuropäischen Reaktorbauer diesen angeblich so famos weiterentwickelten Reaktortyp entwickelt haben. Und natürlich auch, weil darin der Anspruch mitschwingt, ihn gleichsam für ganz Europa zu produzieren. Als „europäische Spitzentechnologie“, auf die die EU-Bevölkerung in einer Art europäischem Nationalstolz blicken sollte.*

REM-Abgeordneter für Atommüll-Bezirk Soulaines

Auch im Wahlbezirk Soulaines, im Süden der nordostfranzösischen Region Champagne-Ardenne, wurde mit Grégory BESSON-MOREAU ein Macron-Gefolgsmann in die Nationalversammlung gewählt. Er hatte erklärt, er sei nicht gegen die Errichtung des geplanten Lagers für langlebige schwachradioaktive Abfälle (frz. déchets de faible activité à vie longue, FA-VL).

Dieses Lager soll zum Centre de stockage de l'Aube hinzukommen, welches bereits das weltweit größte Oberflächenlager (im Unterschied zu Tiefenlagern) für radioaktive Abfälle ist. Seit 1992 nimmt es Frankreichs kurzlebige Strahlenabfälle aus AKWs

und sonstigen Anlagen der atomaren Brennstoffkette sowie aus diversen Industrien, Forschung und Medizin auf. „Kurzlebig“ heißt in diesem Fall: unter 31 Jahre Halbwertszeit (HWZ). Nach der Faustregel, daß rund zehn Halbwertszeiten („Perioden“) vergehen müssen, bis die allermeiste Radioaktivität eines Stoffes abgeklungen ist, bedeutet das auch für das Centre de stockage de l'Aube, daß es mindestens 300 Jahre in Betrieb sein soll.

Nun soll also ein Lager für langlebige Strahlenabfälle noch hinzukommen. Und der regionale Parlamentsabgeordnete aus Macrons „Erneuerungspartei“ ist dafür.



An das Centre de stockage de l'Aube grenzt weiters das Strahlenabfall-Lager der Gemeinde Morvilliers, das Centre industriel de regroupement, d'entreposage et de stockage / CIREs). Seit 2003 beherbergt es die sehr schwach radioakti-

ven Abfälle der verschiedenen Verursacher in Frankreich.

Beide Atom Müllzentren, in Soulaines wie in Morvilliers, werden von der Staatlichen Agentur für Strahlenabfallmanagement (Agence nationale pour

la gestion des déchets radioactifs, ANDRA) betrieben.

Quellen: <http://www.michelgueritte2017.fr/>;
ANDRA: <http://www.dechets-radioactifs.com>



Die Atom Müll-Oberflächenlager von Soulaines und Morvilliers in der südlichen Champagne.



Das Zentrum für sehr schwach radioaktive Abfälle in einem Wald bei Morvilliers, Süd-Champagne. Im Uhrzeigersinn: Logistikgebäude, Wartungsgebäude, Konditionierungsanlage, Zwischenlager und im Vordergrund die Sortieranlage.

Deutsch-französisches Energieforum Straßburg

Immerhin, die Hoffnung auf eine Veränderung der alten, atomverkrusteten Energiepolitik Frankreichs bekommt etwas Nahrung. Die Wahl von Emmanuel Macron zum Präsidenten, die absolute Parlamentsmehrheit für seine neue Partei La République en marche (REM) und vor allem die Ernennung des Umweltminister

Hulot sorgten auch auf dem zweitägigen deutsch-französischen Energieforum in Straßburg Mitte Juni für einen gewissen Optimismus. Dieses Forum wurde organisiert von der deutschen Energieagentur DENA und der französischen Umwelt- und Energiemanagement-Agentur ADEME. Letztere erachtete es in einem

umfassenden Szenario 2013 als machbar, Frankreichs Stromversorgung bis 2050 zu 100 % auf erneuerbare Energiequellen umzustellen und somit sogar zur Gänze vom Atomstrom wegzukommen. Bezeichnenderweise wurde die Veröffentlichung dieser Studie zunächst verhindert. Sie wurde dann aber geleakt.

**PLAGE
TAGE
BUCH**

22. – 23. Mai 2017

Prag:

12. European Nuclear Energy Forum (ENEF)

Gibt sich offen und dialogbereit, ist in Wirklichkeit aber nur eine der vielen Lobbystrukturen der Atomwirtschaft auf EU-Ebene, im übrigen finanziell wie ideell kräftig unterstützt von der EU-Kommission.



Trotz niederschmetternder Ignoranz der Atomfans gegenüber dem Scheitern ihrer atomaren Träume und sturem Festhalten an den absurdesten Reaktorentwicklungsplänen: auf dem European Nuclear Energy Forum (ENEF) 2017 in Prag lachen die Atomgegner doch herzhafter als der Atomblock, so scheint es... Hier Prof. Steve THOMAS, souveräner Spezialist in Sachen (Un-)Wirtschaftlichkeit der Atomenergie in Großbritannien (AKW-Projekt Hinkley Point) und darüberhinaus, und PLAGE-Vertreter Heinz STOCKINGER, den insbesondere der Greenpeace-Kampagnenleiter für Mittel- und Osteuropa, Jan HAVERKAMP, zur Teilnahme animiert hatte. - Foto: Petar Kardjilov.



17.-23. Juli 2017 in Döbeln (D):

Internationales Anti-Atom-Sommercamp

Das Nuclear Heritage Network, eine weltweite informelle Plattform von Antiatom-Aktiven, lädt zu einem Internationalen Anti-Atom-Sommercamp nach Döbeln in Sachsen ein.

Die Veranstalter rechnen mit Aktivist/inn/en, Organisator/in-n/en und interessierten Menschen aus vielen Regionen der Welt, die Erfahrungen und Wissen austauschen, Strategiediskussionen führen und die Netzwerke von Gruppen und Organisationen im Antiatombereich stärken wollen.

Hier sollen neue Kampagnen und Projekte vorbereitet werden, Aktionen stattfinden und Neues zu lernen sein. Unter zwei thematischen Schwerpunkten: Der eine ist die umfangreiche Verarbeitungskette des Urans, die quasi alle Bereiche der Atomproblematik umfasst und Initiativen sowie Themen miteinander verbindet. Der zweite Schwerpunkt liegt auf den in Europa und darüberhinaus laufenden atomaren Neubauten sowie den massiv stattfindenden Laufzeitverlängerungen.

PLAGE in Aktion: Heinz Stockinger von der PLAGE wurde zum Antiatom-Camp eingeladen, um zwei Workshops und einen Vortrag zu verschiedenen EURATOM-Schwerpunkten zu halten. Der EURATOM-Vertrag ist ja die Grundlage, auf der AKW-Neubauten in Europa wie Hinkley Point C exorbitant subventioniert und damit überhaupt erst ermöglicht werden sollen.

Neben Workshops, Vorträgen und Aktionen wird auch eine Exkursion in die WISMUT-Abbau-gebiete stattfinden, wo in DDR-Zeiten die drittgrößte Uranproduktion der Welt lief. Heute findet hier eine sogenannte „Sanierung“ und „Renaturierung“ statt. Betreiber und Behörden vermitteln gerne den Eindruck einer mustergültigen Bereinigung der Atom-Altlast. Doch von einer sicheren Entsorgung des strahlenden Erbes kann keine Rede sein.

Info, Kontakt & Anmeldung:

Möglichst bis 7. Juli, später aber ruhig versuchen! (Entschuldigung, falls die PN nicht rechtzeitig eintrifft ...)

Nuclear Heritage Network, Am Bärenal 6, D-04720 Döbeln
summercamp@nuclearheritage.net; <http://camp2017.nuclearheritage.net>,
 Tel.: 03431 5894177



Dieser Obstgarten beherbergte schon 2012 ein Lager des Nuclear Heritage Network.

22. September 2017 – 9.00 – 17.00 Uhr, St. Pölten:

„Öffentlichkeitsbeteiligung bei Nuklearvorhaben – Chancen und Schwierigkeiten“



Es ist dies die zweite Konferenz im Rahmen der ANTI-ATOMKOOPERATION DONAURAUM, unterstützt von der Anti-Atomkoordination des Landes NÖ.

ExpertInnen aus dem Bereich Nukleartechnologie, EU-Recht, Espoo- und Aarhus-Konvention (grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung) werden über aktuelle Entwicklungen im Nuklearsektor dieses Raums informieren und mit NGOs der verschiedenen „Donauregion“-Länder konkrete Ansätze für Öffentlichkeitsbeteiligung erörtern.

Referent/inn/en:

Andreas MOLIN, BMLFUW, Nuklearkoordinator der öst. Bundesregierung; Patricia LORENZ, Global 2000/Friends of the Earth Europe (FoEE); Jan HAVERKAMP, Greenpeace CEE; Dana MAREKOVÁ, Bankwatch Slowakei; Summer KERN, Ökobüro Wien; Georgi KASTCHIEV, Bulgarien, ehem. Direktor der bulgarischen Atomaufsicht.

Weiters werden Vertreter von NGOs aus Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Bayern, Österreich an der Konferenz teilnehmen.

Tagungsort: Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten. Teilnahme kostenfrei.

Anmeldung bis 20.8. per e-Mail an: paula.stegmueller@aon.at, Wiener Plattform Atomkraftfrei.
www.atomkraftfreiezukunft.at, www.donauregion-atomkraftfrei.at



EU-Kommission und Atomhaftpflicht:

Nicht einmal eine Maus hat der Berg gekreißt

Haftpflicht für Atomkraftwerke „keine Priorität“! –

Mit neuer Petition Druck auf EU-Kommission erhöhen!

Presseaussendung von atomstopp_oberoesterreich am 31.05.2017:

„Die Petition für eine einheitliche und ausreichende Haftpflichtversicherung für Atomkraftwerke geht in den Endspurt und kann noch bis Ende Juni unterstützt werden. Auf www.atomkraftfrei-leben.at/petition ganz einfach online, aber auch auf Papier zu unterschreiben ist möglich. Wir haben zu diesem Zweck schon im Frühjahr an sämtliche österreichische Gemeinden Listen versendet mit der Bitte, ihren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zum Unterzeichnen zu geben. Laufend treffen seither ausgefüll-

te Unterschriftenlisten bei uns ein“, so Gabriele Schweiger und Roland Egger, Sprecher von atomstopp_oberoesterreich.

Wie wichtig und genau rechtzeitig die erneute Petition trifft, erläutern die beiden wie folgt: „Erst letzte Woche haben wir Nachricht vom Petitionenausschuss des EU-Parlaments bekommen aus der hervorgeht, dass das Thema Haftpflicht für Atomkraftwerke – ganz anders als kurz nach dem Super-GAU in Fukushima! – für die EU-Kommission auf der Dringlichkeitsliste wieder weit nach hinten gerückt ist. AKW sind nach wie vor weder einheit-

lich noch ausreichend gegen potenzielle Schäden versichert. Mit dem Risiko wird schlicht und ergreifend spekuliert – um im Ernstfall, wie alle bisherigen Atomunfälle bewiesen haben, die jeweilige Staatskasse zu plündern! Und das obwohl sich alle AKW-Betreiber zuvor jahrelang durch die unzureichenden Versicherungsprämien jede Menge Geld erspart haben! Das laxer Tempo der Kommission beim Herstellen eines längst überfälligen Regulativs ist unter diesem Aspekt eine Ungeheuerlichkeit und beweist, dass wir mit unserer erneuten Petition gerade rechtzeitig antreten, bevor das Thema womöglich



hot
spots INT'L/TSCHECHIEN

ČEZ testet Praktikantinnen im AKW – im Bikini

Die tschechische AKW-Betreiberin ČEZ hat sich laut Deutsche Welle Mitte Juni für einen Bikini-Wettbewerb auf Facebook entschuldigt, mit dem die Firma ihre nächste Praktikantin auswählen wollte. Man ließ zunächst zehn Maturantinnen in einem Kühlturm des AKW Temelin in knapper Badekluft posieren. Dann wurden Facebook-User eingeladen, per Abstimmung ihre Favoritin zu wählen. Dem beliebtesten Model winkte ein 14-tägiges Praktikum im Kraftwerk.

Die ach so rationalen Atombetreiber arbeiten mit den primitivsten Instinkten...

Temelin und ČEZ sind nicht die ersten in der Atomwirtschaft, die die Wunder der Atomenergie mit den Wundern des weiblichen Körpers in Verbindung bringen. In Rußland fand durch Jahre hindurch ein Schönheitswettbewerb für Frauen statt, die in der Nuklearindustrie arbeiten oder ein einschlägiges Studium absolvieren.

In Tschechien löste der Wettbewerb allerdings in Presse und sozialen Medien einen Sturm der Entrüstung aus. „Dieser Wettbewerb sprengt absolut die ethischen Grenzen. Ich finde es unglaublich, daß in unserer Zeit jemand wegen seines guten Aussehens einen beruflichen Vorteil bekommt,“ sagte Petra Havlíková, eine Menschenrechtsanwältin und Beraterin für Chancengleichheit, gegenüber dem Medium aktualne.cz. „Zieh dich aus, und du kriegst ein Praktikum – das ist entwürdigend, ekelhaft und primitiv,“ kommentierte ein Internet-User.

Die Betriebsleitung des 2000-Megawatt-Kraftwerks entschuldigte sich später auf Facebook und verkündete: alle zehn Finalistinnen des Wettbewerbs bekommen ein Praktikum.



Jaja, Atomenergie ist geil – hier wieder einmal zu 100 Prozent vernunftbestimmte Argumente der Atombetreiber. Genauer, der Betreiber des AKW Temelin des staatlichen tschechischen Stromkonzerns ČEZ.

noch ganz vom Tisch ist!"

„Wir wollen es einfach nicht darauf beruhen lassen, dass AKW-Konzerne weiterhin mit derartigen Vergünstigungen auch noch für ihre Hasardtaktik belohnt werden! Durch eine angemessene, verpflichtend vorgeschriebene Schadensdeckungssumme kann ein bedeutender Schritt in Richtung Kostenwahrheit für AKW-Betreiber gelingen. Mit unserer Petition appellieren wir an das Verantwortungsbewusstsein unserer Vertreter_innen im Europaparlament und fordern diese auf, sich bei der Kommission mit Entschiedenheit für eine AKW-Haftpflicht-Regelung einzusetzen!“, so Schweiger und Egger abschließend.

IAEA-Falschmeldung zum Trotz: Atomkraft kommt weltweit nicht voran

Von einer Tagung der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) in Wien Mitte Juni meldete die Deutsche Presseagentur (dpa), die Atomkraft sei weltweit auf dem Vormarsch.

„Einige haben mich angemailt,“ schrieb daraufhin Raimund Kamm, der Vorsitzende des FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik e.V., „ob dies stimmen könne. Ich habe meine Aufzeichnungen und die Statistiken im Internet angeschaut. Es stimmt nicht!

Richtig hingegen ist:

- **Es werden im Vergleich zu früher nicht viele AKW gebaut.** Im „Spitzenjahr“ 1979 waren 233 Reaktoren im Bau. Heute 60, von denen eine beträchtliche Zahl in Japan wie in Südkorea, wie in der Ukraine voraussichtlich nicht fertig gebaut werden wird.
- **Auch die Atomstromproduktion stagniert.** Im Jahr 2000 wurden weltweit 2.444 Milliarden Kilowattstunden (= Terawattstunden, TWh) Atomstrom erzeugt. Im Jahr 2010 waren es 2.630 TWh. Im Jahr 2016 dann 2.476 TWh.
- **Immer mehr Länder praktizieren oder beschließen den Atomausstieg:** Österreich, Italien, Dänemark, Belgien, Schweiz, Spanien, Taiwan, Niederlande, Südkorea (erst kürzlich bekannt geworden), ...
In den Atomländern Frankreich und USA stagniert die Atomstromproduktion.

Unser Infoblatt zur Mär des Wiederaufstiegs der Atomkraft habe ich aktualisiert und sende es gerne auf Anfrage zu. (T. 0049-(0)821 – 541936; r.Kamm@anti-akw.de)

Was wirklich boomt, sind die Erneuerbaren Energien. Die Energiewende ist weltweit auf dem Vormarsch, da entscheidende Techniken der Energiewende laut dem amerikanischen Energieministerium (2016) rasant preiswerter geworden sind:

Landwindkraft – um 41% billiger, PV-Dachanlagen – 54%, PV-Freiflächenanlagen – 64%, Batterien – 73%, LED-Leuchten – 94%.

Mehr dazu in der neuen, lesenswerten Studie von Agora Energiewende „2030 – The Big Picture“. Siehe: https://www.agora-energie-wende.de/fileadmin/Projekte/2017/Big_Picture/Agora_Big-Picture_WEB.pdf



Kommentar PLAGE:

Der Berg hat also nicht einmal eine Maus gekreißt! Damit ist die Ankündigung des seinerzeitigen Energiekommissars Günter Oettinger im Gefolge von Fukushima gemeint, die Haftpflicht für Atomunfälle solle auf Milliarden erhöht werden. In der Folge schraubte er den anvisierten Betrag er schnell wieder auf einen lächerlichen Bruchteil herunter. Und nun: gar nichts. Bravo, EU!



Radio „AUSgestrahlt“ und „Dorf-TV“

Das **AntiAtomKomitee (AAK)**, Freistadt, bietet regelmäßig Sendungen zu aktuellen Atom- und Energiethemen an:

Auf www.frf.at, Freies Radio Freistadt, unter „SENDEREIHEN“, dort unter „AUSgestrahlt“; auf www.dorftv.at – „VIDEO SUCHEN“, dort unter „Anti Atom Komitee“. Alle bisherigen AAK-Sendungen können unbegrenzt nachgehört und angeschaut werden. Das AntiAtomKomitee freut sich über Weiterverbreitung der Links.

Die jüngste Ausgabe von AUSgestrahlt widmete sich am 13. Juni 2017 „**Bedenklichen Entwicklungen bei der Atom-müll-Endlagersuche in Tschechien**“, mit Dalibor STRASKY, ursprünglich als Ingenieur bei der Betriebsplanung des AKW Temelins tätig, heute Antiatom-Beauftragter des Landes OÖ. Weitere erörterte Themen: „**AKW Temelin – Was ist mit der Turbine los?**“ und „**Laufzeitverlängerung beim AKW Dukovany – nur rund 120 km Luftlinie von Linz entfernt**“.

Link zur Sendung: <http://www.frf.at/2017/06/bedenkliche-entwicklungen-bei-atommuellagersuche-und-ausbau-tschechischer-akws/>

anti atom Komitee

Promenade 11
4240 Freistadt
office@anti.atom.at
T. 0043 7942 72 543
www.anti.atom.at



Südkorea will aus der Nuklearenergie aussteigen

Präsident verzichtet auf neue Kohle- und Atomkraftwerke

pwe. TOKIO, 19. Juni. Südkorea steuert auf das Ende der Antomenergie zu. Der neue Präsident Moon Jae-in kündigte am Montag an, alle Pläne für den Bau neuer Atomkraftwerke fallenzulassen und die Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke nicht zu verlängern. Er habe im Wahlkampf versprochen, Korea sicher zu machen, sagte Moon. „Wir werden unsere nukleare Energiepolitik abschaffen und den Weg für eine nuklearfreie Ära ebnen“.

Der linksliberale Präsident, der im Mai gewählt worden war, hatte sich für die Ankündigung einen besonderen Platz ausgesucht. Moon sprach in der Hafenstadt Busan vor dem ältesten südkoreanischen Atomkraftwerk Kori 1, das am Montag nach vierzig Jahren Laufzeit abgeschaltet wurde.

Für Moon war es die zweite große ener-

giepolitische Ankündigung, mit der er seine im Wahlkampf gegebenen Zusagen einlösen will. Im Mai schon hatte er erklärt, keine Kohlekraftwerke mehr zu bauen und während seiner fünf Jahre dauernden Präsidentschaft die zehn Kohlekraftwerke mit einer Laufzeit von mehr als 30 Jahren zu schließen.

Das Land betreibt derzeit 25 Atomkraftwerke, die etwa 30 Prozent des Strombedarfs decken. Der Nuklearanteil ist seit 2005 schon von rund 40 Prozent gesunken, als Folge von Skandalen und Sicherheitsbedenken – vor allem nach der Kernschmelze 2011 im japanischen Kraftwerk Fukushima. Der Fukushima-Unfall habe gezeigt, dass Kernkraftwerke weder sicher noch ökonomisch seien, sagte er. Kohle ist mit 59 Kraftwerken oder fast 40 Prozent Anteil der größte Stromenergieträger. Unklar ist,

welche Entschädigungen die Regierung zu zahlen bereit ist. Zwei Atomkraftwerke sind teilweise schon fertiggestellt.

Die Regierung von Moon strebt an, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von derzeit etwa 5 Prozent bis 2030 auf etwa 20 Prozent zu erhöhen.

Unternehmen und Fachleute in Südkorea sind besorgt, wie sich die eue Energiepolitik auf die niedrigen Energiepreise auswirken wird. Völlig unklar sind zudem die Folgen für die Aussichten des staatlichen Energiekonzerns Korea Electric Power Corp. (Kepco), Atomkraftwerke ans Ausland zu liefern. 2009 hatte ein Konsortium um Kepco einen Auftrag über 20 Milliarden Dollar für den Bau von vier Nujlearkrafterken in den Vereinigten Arabischen Emiraten gewonnen.

(Quelle: FAZ, 20.6.2017)

hot
spots INT'L – FRANKREICH

Die Zauberlehrlinge der atomaren Abwrackung

Auf die Abwrackung der alten französischen AKWs – verharmlosend gerne „Rückbau“ genannt – wird man bis Anfang des 22. Jahrhunderts warten müssen! Diese These vertrat Electricité de France (EDF) mit der Ernsthaftigkeit von Sterndeutern vergangenen Februar vor der Parlamentarierkommission, die sich mit diesem Riesenvorhaben befaßt.

Der Stromerzeuger erklärte dabei in vollem Ernst, daß seine ältesten Reaktoren nach langen Überlegungen schließlich in zwei Etappen „rückgebaut“ würden: Ein erster kompletter Abriß bis 2060, was den Block Chinon-2 im Loiretal (stillgelegt seit 1985...) angeht, als Pilotprojekt. Dann fünf weitere etwa um 2100!

Bisher blickte EDF weniger weit nach vorn, doch im November 2016 kündigte der Konzern einen „Strategiewechsel“ an. „Er hatte bis dahin der Abwrackung ‚unter Wasser‘ den Vorzug gegeben. Diese besteht darin, die Anlagen zwecks besseren Strahlenschutzes unter Wasser zu setzen und zu halten,“ erläuterte gegenüber der Satire- und Aufdeckerzeitung Le Canard Enchaîné (15.2.2017) Christophe Kassiotis, der bei der obersten Nuklearsicherheitsbehörde Autorité de Sûreté Nucléaire (ASN) für das Thema Rückbau verantwortlich ist.

Doch „ist EDF daraufgekommen, daß man nicht in der Lage sein würde zu garantieren, daß die solcherart unter Tonnen von Wasser gesetzten Gebäude während der gesamten Dauer der Abrißarbeiten dicht bleiben würden“... Kurzum, diese „äußerst komplexen“ Baustellen wären auf Gedeih und Verderb einem ganz banalen Leck ausgesetzt gewesen!

EDFs Erklärungen dazu haben bei Barbara Romagnan, der Berichterstatterin der parlamentarischen Kommission (Parti socialiste, PS), ein bisserl Zweifel hinterlassen: „EDF behauptet, Kosten und Dauer der Demontage für die 58 Reaktoren des französischen Nuklear-Parks abschätzen zu können. Dabei ist bis heute kein einziger solcher Abbau erfolgt. Und gleichzeitig weigert sich EDF anzugeben, wieviel die Abwrackung des AKW Brennilis (Département Finistère, Bretagne) bereits gekostet hat, die sich schon 32 Jahre hinzieht und die laut staatlichem Rechnungshof mindestens 20 mal so teuer kommen wird wie angenommen!“ Noch so eine irrationale Fortschrittsgegnerin, die der Technik und Wissenschaft mißtraut...

Und im Ernst gesprochen: Wie sich mindestens die Zwentendorf- und Wackersdorf-Aktivistinnen erinnern werden, tritt genau das ein, was diese Laien von Atomkraftgegnern schon vor 30, 40 Jahren vorhergesagt haben. Und da gibt es Journalisten, die aber heute noch eher die Aussagen der Experten der Atomwirtschaft als jene der Kritiker wiedergeben. So manche in Österreich und Deutschland, und in Atomstaaten wie Frankreich, Großbritannien, Slowakei, Tschechien sowieso – wie zuletzt im Mai am Geist der 1950er Jahre des „European Nuclear Energy Forum“ in Prag überdeutlich zu sehen (vgl. Seite 6).

Wann wieder „Ufos“ über A-Anlagen?

Es ist etwas still geworden um die Dronenflüge über Atomanlagen, die sich insbesondere in Frankreich 2014-15 häuften. Aber die Aussage des obersten Verantwortlichen eines der größten französischen Atomkraftwerke verdient, auf immer in die internationalen Annalen einzugehen.

Es wurde damals zu einem beinahe schon banalen Ereignis, so groß auch die Tragweite für die Sicherheit der Atomanlagen sein mochte und wie sehr auch immer die Sicherheitsbehörden wegen terroristischer Anschläge besorgt waren: Dronen überflogen zumal die französischen Atomkraftwerke und auch andere Nuklearanlagen. Offiziell wurde selbstverständlich beruhigt. Dabei meldete sich Pascal Pezzani, der Direktor des AKW Le Blayais, nördlich von Bordeaux an der Mündung der Garonne in den Atlantik gelegen, mit einer originellen Erklärung zu Wort: nicht eine Drone, nein, vielmehr ein UFO sei es gewesen, was da über der Nuklearanlage gesichtet worden war. (Tageszeitung Sud-Ouest, 18.6.2015) Soweit bekannt, ist dieses Musterbeispiel eines vernunftbestimmten Technikers bis heute nicht von seinem Direktorsposten abberufen worden. Bloß, selbst wenn es ein UFO gewesen sein sollte: Wer hat ihm versichert, daß nicht auch die kleinen grünen Männchen vielleicht Böses gegen die Atommeiler im Schilde führten? Mit möglicherweise effizienteren Mitteln als Dronen manövrierende Terroristen oder Saboteure?

Übrigens, bis heute konnte unseres Wissens keiner der Dronen-Piloten ausgeforscht werden...

Einige weitere Berichte aus der fraglichen Zeit über gesichtete Dronen:

Zwei Dronen überfliegen das Kernkraftwerk in Nogent-sur-Seine, AFP, 4.1.2014:

<http://bit.ly/1Es014f> – **Dronen über einer französischen Atom-U-Bootbasis**, France-Soir,

29.1.2015: <http://bit.ly/1v9EEPI> – **Insgesamt seit Oktober 17 Nuklearstandorte überflogen**,

Le Monde, 29.1.2015:



Für den Direktor der 4 Blöcke in Le Blayais bei Bordeaux (Gesamtleistung 3.800 MW) waren es Ufos, die sein AKW überflogen! (Illustration: L'Observatoire du Nucléaire)



14.-17. September 2017

Symposium zu Menschenrechten, künftigen Generationen und Verbrechen im Atomzeitalter

Ort dieses Symposium on Human Rights, Future Generations and Crimes in the Nuclear Age: Universität Basel.

Trägerorganisationen u.a.: die Schweizer Sektion der Internationalen Ärzte und Ärztinnen zur Verhinderung eines Atomkriegs (IPPNW), das Uranium Network e.V., Internationale Anwälte gegen Atomwaffen (IALANA).

Programm und sonstige Info:

www.events-swiss-ippnw.org



plage AKTIV-KUPON

Name: _____

Straße: _____ PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ e-Mail: _____

ABO

- Förderndes Mitglied* € 40,- Aktives Mitglied (Normalverdiener)* € 20,-
- Aktives Mitglied (Studenten/Schüler)* € 8,- PN-Abo (keine Mitgliedschaft) € 8,-
- Tragt mich in die Helferliste ein – ich möchte mich aktiv an der PLAG-ARBEIT beteiligen

* jährlicher Mitgliedsbeitrag inkl. PN-Abo

Was wir tun

Der Politik auf die Finger schauen. Bildungsarbeit – Infostände – Unterschriftenaktionen – Vorträge – Ausstellungen – Medienarbeit – Leserbriefe – Erstellen von Informationsmaterial – Veranstaltungen – Demonstrationen

An PLAG
Nonntaler Hauptstraße 86
5020 Salzburg

oder per Fax
0662/643567



„Salzburg heute“ vom 31. Mai 2017 hatte von einer Antiatomaktion von Thomas NEFF (PLAGE) & Freunden auf den Munderfinger Windrädern berichtet:



Neff senior und junior mit Freundin erinnern hoch über Munderfing auf einer Erneuerbare-Energie-Anlage den Ausstieg aus zwei völkerrechtlichen Verträgen, die seit Jahr und Tag die Atomindustrie europa- und weltweit schützen, wie dies schlechthin keiner anderen Industrie vergönnt ist. Und womit der Durchbruch der Erneuerbaren behindert wurde und wird. Diese Privilegienverträge sind der EURATOM-Vertrag von 1957 und das Abkommen zwischen der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO), mit welchem ab 1959 die WHO in allen ihren Aussagen, Berichten, Studien zu Auswirkungen der Radioaktivität an die Zustimmung der IAEO gebunden wurde.



Und noch ein EURATOMgegner in windigen Höhen über dem Kobernau-Berwald. (Foto: Thomas Neff, PLAGE)

Echo kam auch von weiter her:

„Ganz großartige Aktion! Gratulation und höchste Bewunderung! Antiatomkräftige Grüße aus Wien!“

Paula STEGMÜLLER, Obfrau der Wiener Plattform Atomkraftfreie Zukunft

„GRATULATION!“

Roland EGGER, langjähriger langjähriger Geschäftsführer von atomstopp_oberösterreich

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665M

Die Plage News (PN) erscheint i.d.R. 3 – 4 mal pro Jahr
Die genaue Zahl und Erscheinung variieren
aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten, Belastungen usw.

PLAGE

Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).
Nonntler Hauptstraße 86, 5020 Salzburg, Homepage: www.plage.at
Spenden: Salzburger Sparkasse, IBAN: AT382040400000001313, BIC: SBGSAT2S